

Saudi-Arabien will Staatsbetriebe und Behörden privatisieren

13.03.2017

Wirtschaftsministerium legt Liste mit zu privatisierenden Unternehmen und Behörden vor / Zahlreiche PPP-Projekte geplant / Von Katrin Pasvantis

Dubai/Riad (GTAI) - Saudi-Arabien kündigte mit der "Vision 2030" auch eine zumindest teilweise Privatisierung von Behörden und Unternehmen an. Ende Januar 2017 hat das saudische Wirtschaftsministerium eine erste Liste mit Staatsunternehmen, Behörden und Ministerien vorgelegt, bei denen eine Beteiligung des Privatsektors gewünscht wird. Außerdem wurden eine Reihe von Public-private-Partnership-Projekten vorgestellt. (Kontaktanschrift)

Das Privatisierungsprogramm läuft unter dem Titel "Private Sector Participation Program" (PSP). Ende Januar 2017 hat das saudische Wirtschaftsministerium eine erste Liste mit Behörden und Staatsunternehmen sowie weiteren Projekten vorgelegt, bei denen eine Beteiligung des Privatsektors gewünscht ist. Gesucht werden private Investoren aus dem In- und Ausland. Dadurch könnten sich unter anderem bei Versorgungsunternehmen auch Geschäftschancen für deutsche, mittelständische Unternehmen ergeben.

Identifizierte öffentliche Körperschaften

Bereits im August 2015 waren 147 Behörden und Staatsbetriebe ausgemacht worden, die in Hinblick auf eine Privatisierung weiter begutachtet werden sollten. Davon wurden 16 für eine Beteiligung des Privatsektors priorisiert und vom Privatization Ministerial Committee (PMC) genehmigt. Bei den identifizierten Körperschaften handelt es sich vor allem um Unternehmen, Behörden und Ministerien aus den Bereichen Transport, kommunale Versorgung, Gesundheit, Ausbildung sowie Arbeit und soziale Entwicklung. Details zur geplanten Privatisierung sind noch nicht bekannt. Auch eine vollständige Liste der zu privatisierenden öffentlichen Körperschaften gibt es noch nicht.

Bei den Versorgungsunternehmen wurden die Saudi Electricity Company (SEC), Saline Water Conversion Corporation (SWCC, Meerwasserentsalzung) und die National Water Company gelistet. Aus dem Transportbereich die General Authority of Civil Aviation (GACA), Saudi Airlines (Saudia), Saudi Ports Authority und Saudi Railway Organization. Des Weiteren stehen die Grain Silos and Flour Milling Organization, Saudi Posts, King Faisal Specialist Hospital & Research Center sowie verschiedene bislang staatliche Sportvereine (Fußball) auf der Liste. Von den Ministerien wurden das Ministry of Education, Ministry of Municipal and Rural Affairs, Ministry of Health, Ministry of Labour and Social Development sowie das Ministry of Transportation priorisiert.

Geplante PPP- Projekte

Angekündigt wurden außerdem 85 Public Private Partnership (PPP-) Projekte in Kooperation mit verschiedensten Behörden und Ministerien. Darunter Wohnungsbau auf in Regierungsbesitz befindlichen Grundstücken (Ministry of Housing), Projekte zum Abfallmanagement (Ministry of Municipal and Rural Affairs), die Entwicklung und Aktivierung von "Smart Chips" für Automatiktüren zur Steuerung der Pilgerströme bei der Hadsch (Ministry of Hajj and Omrah), nationale Lizenzierung und Überwachung von Fitness- und Sporteinrichtungen für Frauen (General Sport Authority), Aufbau eines Instituts für Sicherheit und Brandschutz in der Yanbu Industrial City (Royal Commission for Jubail and Yanbu) sowie der Ausbau der Partnerschaft mit dem Privatsektor bei technischer und beruflicher Ausbildung (Ministry of Education).

Kontaktanschrift

German-Saudi Arabian Liaison Office for Economic Affairs (GESALO)

Futuro Tower, 4th Floor, King Saud Road

P.O. Box 61695, Riyadh 11575, Kingdom of Saudi Arabia

Tel.: 00966 920 00 58 63, Fax: 00966 1/14 03 12 32

E-Mail: info@ahk-arabia.com ▶, Internet: <http://www.saudiarabien.ahk.de> ▶



Christian Glosauer | ©
GTAI/Rheinfoto

KONTAKT

Christian Glosauer

☎ +49 228 24 993 454

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.